

## **Jour fixe vom 08.07.2019 – Die Wahlen zum EU-Parlament 2019 (GS 2-19)**

Zu Beginn des Artikels wird darauf hingewiesen, dass die Art und Weise, wie dieses Mal für die EU-Wahl geworben wurde, sich deutlich von früheren EU-Wahlkämpfen unterschieden hat. Unter Titeln wie 'Ausbau oder Rückbau der EU?' oder ‚mehr oder weniger Brüssel?‘ wurde von zwei gegnerischen Lagern eine Schicksalswahl ausgerufen und die Frage aufgemacht, ob und wie es mit der EU überhaupt weitergehen könne. Was sind das für Alternativen, für die man sich als Wähler entscheiden sollte?

— *Es gab zwei Fraktionen, Souveränisten versus Proeuropäer. Bei den Souveränisten ist auffällig, dass sie zwar sehr euroskeptisch daherkommen, aber nicht zu einem Wahlboykott aufrufen. Verabschieden wollen die sich also nicht von der EU. Auch die andere Seite, die Proeuropäer, wollen zwar die EU weitermachen, aber ihre Kritik an der EU nicht lassen. Das ist das Gemeinsame an den beiden Positionen.*

In dieser Lagerbildung liegt etwas Bemerkenswertes. Früher hieß es: Ach ja und da gibt es auch noch die EU-Wahlen. Für deren Wichtigkeit wurde auch geworben, aber so, dass man als Deutscher aufgerufen war, mit der Wahl zu einer Stärkung der Stellung Deutschlands in der EU beizutragen. Auch wurde die Bedeutung hervorgehoben, welche der verschiedenen Parteien man ins EU-Parlament schickt. Auffällig heute ist, dass sie *jenseits der verschiedenen Parteifamilien* die Bedeutung dieser Wahlen betonen und *jenseits auch der einzelnen Nationalstaaten* als diese beiden Lager im Wahlkampf auftreten. Zu sehen ist diese Besonderheit auch an der Selbstkritik von Weber, es sei ein Fehler gewesen, dass die CSU bei den letzten EU-Wahlen einen europakritischen Wahlkampf geführt habe.

Die ‚Proeuropäer‘ haben nicht ihre Parteikämpfe in den Mittelpunkt der Wahl gestellt, von wegen man müsse unbedingt die Liberalen oder Christsozialen wählen, sondern den parteiübergreifenden Standpunkt vertreten, diesmal gelte es, *für Europa* seine Stimme abzugeben. Sie betonen die Gefahr für Europa, von den rivalisierenden Großmächten USA, China oder Russland irrelevant gemacht zu werden (eine sehr zeitgemäße Fassung der Friedensideale, die früher vertreten wurden).

Auf der anderen Seite tun sich ausgerechnet Parteien, die immer den nationalen Vorrang gegenüber Brüssel betonen, jetzt in einem Lager mit anderen, gleichgesinnten Nationen zusammen, die auf ihrer Souveränität gegenüber Brüssel bestehen. Getrennt von ihren nationalen Gegensätzen betonen sie nun ihr gemeinsames Interesse im Kampf gegen die Macht Brüssels. Die Schicksalhaftigkeit dieser Wahl bebildern sie mit Gefahren wie der Auflösung von Nationalstaatlichkeit „zugunsten einer globalen Multikulturalität“ (Meuthen) in Europa oder einem von Brüssel beabsichtigten Bevölkerungsaustausch.

Was liegt dieser Frontbildung zugrunde?

### **1. Souveränisten**

— *Bemerkenswert ist der o.g. Widerspruch, dass sie einerseits sehr radikale Kritiker der Vergemeinschaftung in der EU mit ihren Regelwerken sind, die sie allesamt als Beschränkung ihrer nationalen Souveränität bekämpfen, sich aber andererseits mit dieser kritischen Stellung für die Wahl ins EU-Parlament aufstellen. Die 'Checks & Balances', diese Inbegriffe des demokratischen Procederes der Gewaltenteilung, wo sich die staatlichen Institutionen wechselseitig kontrollieren sollen, sind für sie ein Riesenärgernis gemessen an ihrem Maßstab von uneingeschränkter Handlungsfreiheit ihres Staates.*

— *Mir erscheint das nicht so widersprüchlich, wenn sie ins EU-Parlament wollen, um dort dann ihre Linie durchzusetzen. Das hat die Presse ihnen aufgemacht, wenn sie Gauland und Konsorten immer wieder danach befragte, was sie mit ihren Positionen eigentlich in der EU verloren haben (vgl. Fußnote 2). Und auch im Artikel steht: "Sie bekennen sich gerne zu dem Widerspruch" (S. 9). Denn sie wissen doch, dass sie – gerade in Deutschland als einem maßgeblichen Profiteur der EU – nicht einfach damit auftreten können, aus der EU aussteigen zu wollen.*

Den Souveränisten geht es um die uneingeschränkte souveräne Handlungsfreiheit bei der Ausübung der nationalen Macht. Sie treten auf als demokratisch gewählte nationale *Führer*;

mit Berufung auf den Volkswillen, der sie an die Macht gebracht hat, beanspruchen sie, dass sie dann auch zur Machtausübung ermächtigt sind und diese unbeschränkt nach innen ausüben können und müssen. Sie werden kritisch gegen die 'Checks & Balances' der Demokratie, also gegen die bisher übliche Art und Weise, wie in ihren Ländern Politik gemacht worden ist; siehe beispielsweise Ungarn oder Polen, wo solche Parteien an die Macht gekommen sind und entsprechende politische Änderungen vorgenommen haben. Diesen Standpunkt setzen sie nicht nur im Innern ihrer Nationen praktisch durch, sondern machen ihn auch nach außen in ihrem Verhältnis zur EU geltend. Sie stoßen sich an den Regelungen des Zusammenwirkens in der EU als welche, die ihnen in ihre uneingeschränkte Machtfülle reinreden und Vorschriften machen. Daraus ziehen sie allerdings nicht die Konsequenz – so wie GB –: wir müssen raus aus der EU. Vielmehr ergänzen sie ihr Leiden an der EU mit dem Programm, *in* der EU an ihr Veränderungen vornehmen zu wollen. Das ist ein Widerspruch und wirft die Frage nach seinem objektiven Grund auf.

— *Vielleicht macht es einen Unterschied, ob die Populisten an der Macht sind, so wie beispielsweise in Österreich, oder ob sie, wie die AfD hierzulande, eine Oppositionspartei sind?*

Der Artikel hält einfach den Widerspruch fest und macht dann weiter damit, wie sich die Souveränisten für die Wahl aufstellen: Sie bilden glatt eine länderübergreifende europäische Fraktion und sagen, sie stehen in Europa für "nationale Identität". Das ist hier der Widerspruch: ausgerechnet diejenigen, die propagieren, dass sie sich weder im Innern von 'Querulanten' noch von Europa Vorschriften machen lassen wollen, tun sich als Europäer zusammen und propagieren ein 'Europa der Vaterländer'. (Im übrigen gab es innerhalb der AfD durchaus interne Streitereien um ihre Stellung zur EU, wo Gauland und Meuthen verhindern mussten, dass der Austritt aus der EU zum "Nahziel" ihres Parteiprogramms erklärt wurde). Dabei sind doch gerade die Institutionen der EU, *in* die sie gewählt werden wollen, nichts anderes als die Vollzugsorgane des vergemeinschafteten europäischen Willens, den sie als Feind begreifen, weil er ihnen ihr Volk 'umvolken' wolle, also ihren Nationen Fremdbestimmung aufoktroyiere.

— *Von der Öffentlichkeit bekommt die AfD die Kritik zu hören, sie wolle sich ins EU-Parlament wählen lassen, um es zu zerstören. Das ist eine moralische Kritik, die gar nicht den Widerspruch wahrnimmt, dass die als eine europäische Fraktion auftreten.*

— *Sie lasten den Widerspruch der AfD an.*

— *Der Witz der Regierungen, die auf der Souveränität ihrer Länder beharren, ist doch die Klage, dass schon viel zu viele Souveränitätsrechte an die EU abgegeben worden sind, das soll rückgängig gemacht und der frühere Zustand wiederhergestellt werden.*

Du sprichst von den Regierungen. Der Artikel bezieht sich hier auf den Widerspruch, den sich die Parteien in ihren *Wahl*programmen leisten: eine Partei, die Europa nur als Bürokratie sieht, von der die nationale Souveränität eingeschränkt wird, lässt sich in ein Parlament wählen, das keinen anderen Inhalt hat, als gemeinsame europäische Willensbildung zu bewerkstelligen. Der Standpunkt der Souveränisten ist zu unterscheiden von der Objektivität, die dem Standpunkt zugrunde liegt. Das ist der nächste Punkt. Dazu gehören dann Argumente wie der immanente Widerspruch der EU und seine Verlaufsform.

\*

— *Die Souveränisten arbeiten sich an dem Dilemma ab, dass die nationalen Geschäftsbedingungen europäisiert und den Nationalstaaten vorausgesetzt sind. Sie wollen keine Beschränkung ihrer Souveränität und gleichzeitig wollen sie Europa, weil die Grundlagen ihrer politischen Herrschaft davon abhängen.*

Worin besteht das Dilemma?

— *Es besteht darin, dass die Souveränität, auf der sie beharren, und die Mittel, die sie in nationaler Verfügung einsetzen wollen, von Europa abhängen und auf Basis der erreichten Vergemeinschaftung nicht von Europa zu trennen sind (gemeinsames Geld, Finanzpolitik, Binnenmarkt, Rechtswesen etc.). Weil sie für ihr Durchregieren auf diese Mittel verwiesen*

*sind, ist der Austritt aus der EU keine Alternative.*

Mit ‚darauf verwiesen sein‘ ist die positive Seite der Mitgliedschaft zu schwach ausgedrückt. Die Nationen ziehen ihre Stärke daraus, dass sie nicht nur auf ihre nationalen Potenzen verwiesen sind, sondern als Mitglieder der EU an deren Machtbasis teilhaben, dass sie nicht nur eine nationale Ökonomie haben, sondern einen europäischen Binnenmarkt, dass sie als Teil der EU weltweit auftreten und viel mehr in Anspruch nehmen und ins Feld führen können als sie selbst von sich aus vermögen. Mit der EU im Rücken können sie ganz anders mit dem Rest der Welt Geschäfte machen, eine Investition in einem EU-Land ist der Zugang zu einem Binnenmarkt.

— *Der Mangel besteht darin, dass es nicht ihre eigenen Mittel sind.*

Sie unterliegen jedenfalls nicht ausschließlich ihrer Kontrolle.

— *Durch die Vergemeinschaftung ist eine qualitativ neue Lage entstanden, sie müssen in ihrem politischen Handeln den Fortschritt Europas mitreflektieren. Das gehört jetzt zu ihrer nationalen Staatsraison.*

Das eine ist die Charakterisierung des Standpunktes der Souveränisten. Sie beanspruchen unter Berufung auf ihr Volk und ihre demokratische Ermächtigung Handlungsfreiheit für die Durchsetzung ihrer Politik ohne die Beschränkung durch supranationale Institutionen in der EU. Das andere ist die Auskunft über den erreichten Stand der Nationen, in dem dieser politische Standpunkt geltend gemacht wird. Die Nationen sind als Mitglieder der EU objektiv nicht mehr nur auf sich selbst bezogene Souveräne, sondern Bestandteile eines größeren Ganzen, an dem sie partizipieren hinsichtlich ihrer ökonomischen und politischen Macht; aus diesem Zusammenhang beziehen sie ihre Machtmittel. Der Souveränitätswahn, den diese Parteien als europäische Politik verfolgen, bricht sich an der Sachlage, dass die Grundlagen ihrer Macht europäisiert und längst nicht mehr so autochthon sind wie sie sich das für ihre Völker vorstellen.

— *Was heißt denn Souveränität zurückfordern? Der Sache nach ist ihre Souveränität ein Stück Europa. Europa ist in ihre Souveränität implantiert und die Reichweite des nationalen Souveräns ist darüber internationalisiert.*

— *Beispiel Brexit: Die Briten können sich inhaltlich gar nicht dazu äußern, was sie alles abbauen wollen. Sie wollen die Kosten und die Souveränitätseinbußen abschaffen und gleichzeitig den Vorteil, den sie durch die EU haben, behalten. Der Widerspruch ist unauflösbar. Salvini & Co. beharren darauf, dass die Übergriffe der EU auf die nationalen Souveränitätsrechte zurückgebaut werden. Das muss man doch nicht ableiten, das sagen sie doch selbst.*

Das trifft den vorhergehenden Beitrag nicht. Es wurde darauf hingewiesen, wie sich das unauflösbare Dilemma im Standpunkt der Souveränisten zeigt: Als Fanatiker der nationalen Souveränität sehen sie in Europa mit seiner Brüsseler Zentrale und all den Institutionen ihren Hauptfeind, vor dessen Übergriffen sie Land und Leute schützen müssen. Trotzdem ziehen sie aus diesem Standpunkt nicht die eigentlich zwingende Konsequenz, Europa zu verlassen, sondern streben eine fundamentale Verbesserung der EU in ihrem Sinne an. Daran zeigt sich ein Moment des Dilemmas, in dem sie mit ihrem Standpunkt stecken.

— *Die Europäisierung der nationalen Mittel bedeutet nicht, dass sie weg sind. Die Salvinis drücken dies in ihrer Propaganda aus, wenn sie von Übergriffigkeit reden. Sie beziehen sich darauf, dass die Mittel für Italien vorhanden sind und beklagen, dass die exklusive italienische Verfügungsgewalt darüber an Brüssel ihre Schranke hat.*

— *Die Mittel, über die sie als Souveräne verfügen, sind europäisiert. Sie können sie benutzen, aber nicht exklusiv, sondern nur, wenn und soweit dies bei ihren europäischen Partnern Zustimmung findet. Das Gleiche gilt für die Zwecksetzung. Der Zweck kann nicht einseitig von einer Nation definiert werden. Die Mittel kommen zum Einsatz, wenn sie europädienlich sind. Einerseits erweitern die europäisierten Mittel die Reichweite der nationalen Souveränitäten – sie verfügen über weit mehr als sie allein aufzubringen in der Lage sind – andererseits können sie nur bedingt darüber verfügen und auch bei der*

*Zwecksetzung steht das Vorankommen Europas vor den nationalen Berechnungen. Das ist der Widerspruch, an dem sie sich abkämpfen.*

Dass die Mittel europäisiert sind, heißt ja gerade nicht, dass sie weg sind. Das europäische Regelwerk, der gemeinsame Binnenmarkt, der Euro und die europäischen Institutionen sind positive Bedingungen für das Vorankommen jeder europäischen Nation. Die Auffassung, dass Europa den Zugriff auf die Mittel, die es gibt, verhindert, übersieht, dass Europa kein Hindernis für die Nationen ist, sondern ihre positive Existenzgrundlage. Die negative Bezugnahme der Souveränisten auf diesen Sachverhalt, wenn sie sagen, dass Brüssel sie daran hindert, ihre Macht zu entfalten, verdankt sich dem Widerspruch, dass die Verfügung über die benötigten Mittel durch die Vergemeinschaftung beschränkt ist.

Vorher wurde zitiert, dass die Souveränisten Vorteile und Nachteile in der EU sehen. Darum geht es im Artikel nicht, sondern er führt aus, dass die Leistung der EU für die Nationen nicht anders zu haben ist als mit einer Beschränkung des souveränen Gebrauchs der Macht und der Mittel, die nicht mehr in ihrer ausschließlichen Verfügungsgewalt liegen. Man kann aus einem europäischen Binnenmarkt nur seinen Nutzen ziehen, wenn er als supranationaler Markt organisiert ist. Davon zu profitieren geht nur unter der Bedingung, dass alle Staaten, die daran teilnehmen, sich den entsprechenden Regeln unterwerfen. Die Wucht des eigenen machtvollen Auftretens in der Welt als Teil des europäischen Binnenmarkts ist nicht zu haben ohne Einschränkungen bei der nationalen Souveränität. Die Bedingung dabei ist eben, dass man sich an die Regeln der supranationalen Instanzen hält.

So fundamental ist es auch gemeint, wenn es im Text (S.11) heißt, dass das europäische Regelwerk – „die Raison der Gemeinschaft“ – zur „so gut wie unhintergehbaren Prämisse ihrer nationalen Staatsraison“ geworden ist. Man gebietet über die vergemeinschafteten Mittel für seine nationalen Zwecke nur insoweit als man sich den supranationalen Regeln unterordnet.

Die Konsequenzen aus dem Widerspruch werden im folgenden Punkt abgehandelt: Man kann wegen Überlegungen in Sachen Souveränität nicht aus der EU austreten, um die Bevormundung loszuwerden und gleichzeitig das sein, was man als EU-Mitglied war. Mit der Bevormundung wird man auch den Status, den man als EU-Mitglied in der Welt hat, los. Man hat keinen Nutzen mehr aus dem Binnenmarkt, keinen Nutzen aus der gemeinsamen Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und keinen Nutzen daraus, dass man gegenüber den USA nicht als einzelner Staat, sondern als wuchtiger Binnenmarkt antritt.

*— Die Konsequenz aus einem Ausstieg sind neue Machtkämpfe. Das Verlassen der Union kommt einem Rückfall in die ökonomische und politische Bedeutungslosigkeit (s. Brexit) gleich. Die Nationen müssen ihre kapitalistische und imperialistische Staatsraison neu definieren, sich gegen Ihresgleichen durchsetzen.*

Die formelle Zurückgewinnung der Souveränität durch einen Ausstieg aus der EU ist gleichbedeutend mit dem Verlust der Machtbasis. Der Preis für die Befreiung aus den Fesseln der EU ist die Einbuße der materiellen Grundlagen der Souveränität. Man merkt, Souveränität erschöpft sich nicht in dem Formalismus, es geht vielmehr um die materiellen Grundlagen der politischen Herrschaft. Dieses Verhältnis macht das Dilemma aus.

\*

*— Wenn nun die Italiener ihren Haushalt bei der EU einreichen, der ihren neuen nationalen Vorhaben dienen soll und damit die Kriterien des stabilen Geldes nicht mehr befolgen, dann wird doch klar: die „unhintergehbare Prämisse“ ist nur in dem Maße „unhintergebar“, wie die anderen Europäer den Italienern diesen „Sachzwang“ aufmachen; also nicht wirklich „unhintergebar“.*

*— Das findet eben statt als Streit des Nationalstaats mit der EU und deren Vorgaben und bewegt sich der Form nach in der Konkurrenz darum, wie viel die EU in ihrem Regelwerk einem Nationalstaat zugesteht, und wie viel der gegenüber der EU an behaupteten nationalen Notwendigkeiten durchsetzen kann. Der Haushalt hat also nicht das objektive Kriterium, er wäre nicht solide. Dieses objektive Kriterium gibt es überhaupt nur als Streit zwischen der EU und z. B. Italien über die Deutung dieser Regeln.*

Das stimmt ja, dass es als Streit inszeniert ist mit Über- und Unterordnungsverhältnissen, aber das führt ab von der Frage, wie man „Prämisse“ verstehen muss. Dass sie darum streiten, ist der Beweis dafür, dass das den Charakter einer *fast* unhintergehbaren Prämisse hat. Dass man vom Euro abhängt, dass der Gebrauch des Euros niedergelegt ist in einem Regelwerk, über das die EZB wacht, das hat den Charakter einer so gut wie *unhintergehbaren* Prämisse. „Unhintergehbare Prämisse“ ist nicht in dem Sinne gemeint, jede Vorgabe der EU im Sinne des Stabilitätspakts sei eine solche, sondern hier ist gemeint: überhaupt Teil dieser polit-ökonomischen Einheit zu sein, ist das *Lebensmittel* für diesen Staat. Seine Ökonomie ist verflochten weit über das hinaus, was er selbst mit seiner Macht, mit seinen rechtsförmigen, vertragsmäßigen Verflechtungen mit dem Rest der Welt zustande bringen könnte. Alles, bis hin zu den Lieferketten seiner Industrie (in Italien gibt es z.B. eine Industrieroboter-, Textilindustrie etc.) basiert auf EU-rechtlich geregelten Verhältnissen zwischen Geschäftsleuten, die weit über die Grenzen Italiens hinausgehen, weiter als die Rechtsgarantie der italienischen Staatsmacht reicht.

Im Staatshaushalt geht es um den Euro, Teilhabe am gemeinsamen Kredit ist die Prämisse; über Kredit einer solchen Qualität zu verfügen, gehört längst zu den Grundlagen italienischer Staatsmacht. Das heißt für Italien, es braucht den Euro, aber so wie die Vorschriften sind, kann es damit die für sein Land gewünschte Politik nicht machen; wagt es also die Konfrontation mit der EU in der Frage dieser Haushaltsvorschriften, z.B. der Neuverschuldungsgrenze? Italien setzt darauf, dass auch für den Rest der Eurozone der Euro eine so unhintergehbare Prämisse geworden ist, dass der sich deren Zerfall, der beim Austritt Italiens drohen würde, nicht leisten kann/will. Also könnten sie sich es leisten, gegen diese Vorschrift aufzubegehren.

Die unhintergehbare Prämisse heißt für Italien: Den Euro brauchen sie für ihren Staatshaushalt, aber sie sind nicht einverstanden mit dem, wie sie ihn verwenden dürfen, leiden also am Mangel an souveräner Verfügung über diese Prämisse. Sie sind Teil einer Macht, die sie nicht selber garantieren können. Es ist nicht die Bestreitung der Prämisse, sondern der Versuch, sie sich nützlich zu machen: Sie sagen, das Regime, das damit einhergeht, können wir aufweichen, weil Italiens Beitrag auch für die anderen wichtig ist.

— *Sie kalkulieren damit, dass die anderen EU-Staaten wollen, dass Italien auf keinen Fall austreten soll. Ist das aber nicht der Angriff auf diese Prämisse?*

In Bezug auf den Euro ist dessen Gebrauch die unhintergehbare Prämisse. In Italien ist es zur unbedingten Staatsräson geworden, in Euro zu wirtschaften, Mitglied der Euro-Zone zu sein; davon soll auch nichts zurückgenommen werden. Aber das wollen sie als ihr Mittel für ihre Nation benutzen und das haben sie zum Bestandteil der Staatsräson gemacht. Auf dieser Grundlage fängt dann ein Streit über dieses Geld an, das alle wollen und benutzen wollen (was auch für die Güte dieses Geldes notwendig ist). Wenn dann die Italiener sagen, uns leuchtet die deutsche Vorschrift nicht ein, dass alle Staaten, insbesondere Italien, nur soundsoviel Prozent Staatsverschuldung haben dürfen, wir sind der Meinung, der Euro hält eine italienische Ausnahmegenehmigung aus, dann greifen sie die deutsche Definition dessen an, was für den Euro nötig ist. Aber sie teilen in diesem Streit die Gemeinsamkeit, dass es um die gelungene Benutzung des Euro geht.

## **2. Pro-Europäer**

— *Die Pro-Europäer stellen mit ihrem Wahlkampf einiges klar. Noch vor einigen Jahren ging der Ton auf die Vorzüge Europas (Wirtschaftswachstum, man braucht keinen Pass mehr etc.). Davon ist nicht mehr die Rede. Im aktuellen Wahlkampf hieß es, Europa muss einig, stärker werden, weil es bedroht ist (Beispiele: Trumps Zollpolitik und China als konkurrierende Wirtschaftsmacht). Das wird im Artikel gekennzeichnet als „imperialistische Wahrheit“ (S. 12, o.). Da hat doch eine Verschiebung (der Lage und entsprechend ihre Einschätzung durch die Politik) stattgefunden?*

Dass sie sich in ihrer Existenz bedroht sehen, ist nicht korrekt formuliert: Wenn die sagen, ohne dass wir uns weiterentwickeln und für eine starke und einheitliche EU eintreten, können wir uns in der Konkurrenz mit den USA und China nicht behaupten, ist das nichts Defensives. Die Feststellung – ‚sonst können wir uns nicht behaupten in der Konkurrenz‘ – unterstellt, dass

sie den Standpunkt vertreten: wir sind imperialistischen Konkurrenten von Weltmächten. Nur wenn man diesen offensiven imperialistischen Standpunkt einnimmt – mindestens Ebenbürtigkeit mit USA und China –, kommt man auf die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Stärkung in der Konkurrenz. Die Bedrohung, der sie sich ausgesetzt sehen, ist eine vom Standpunkt der imperialistischen Position, die sie innehaben wollen.

Die Redeweise von der Bedrohung benennt ja nicht einfach den Zweck, „wir wollen als imperialistisches Subjekt auf gleicher Höhe mit den anderen Weltmächten konkurrieren“. Sondern sie sagen, „wenn wir nicht in der Konkurrenz zerrieben werden wollen, müssen wir unbedingt größer/einiger sein“ – eine schöne Umdrehung, den eigenen Zweck als Sachzwang anzuführen.

Damit werben sie für erweiterten Ausbau, eine Stärkung der EU. Aber was steht dem entgegen?

— *Keiner will mehr von seiner Souveränität abgeben. Sie sagen, ein weiteres Zusammengehen ist unbedingt notwendig, davon hängt unser aller Schicksal ab. Aber alles, worauf sie sich einigen können, sind Projekte zur Digitalisierung, Umwelt etc., die sich im Vergleich zu China, an dem sie sich ja messen wollen, ziemlich mickrig ausnehmen. Ein wirkliches Zusammenwachsen ginge nur, wenn sich die einen Nationen den anderen unterordnen, um wirklich mit einer Stimme zu sprechen. Aber das bringen sie nicht zusammen.*

Nach der Seite des politischen Standpunkts gesagt: die Verve, mit der da angetreten wird – nichts weniger als unsere Existenz als imperialistisches Subjekt in der Welt steht zur Debatte –, kontrastiert sehr mit dem, was an politischen Projekten dann in die Welt gesetzt wird (die genannte Digitalisierung, gemeinsame Arbeitslosenversicherung o.ä.). Was an die Stelle von dem, wozu gesagt wird „so geht es nicht mehr weiter“ treten soll, ist genau das, wie sie bisher immer gewerkelt haben, dass Projekte als Politik der kleinen Schritte auf die Tagesordnung gesetzt und heruntergebrochen werden. Und das hat seinen Grund in der vorher genannten objektiven Lage. Wie stellt sich das für die EU-Staaten dar?

— *Die Lage hängt vom Wollen ab. Von Frankreich und Deutschland aus gesehen, steht dem vereinigten Europa im Wege, dass sie sich ihrerseits dem gemeinsamen Subjekt Europa nicht ein- und unterordnen wollen.*

Wie kommt man dahin zu sagen, es gibt Willensfragen der wechselseitigen Ein- und Unterordnung? Die objektive Lage ist dieselbe, alles, was wir als Vergemeinschaftung, Europäisierung der Machtgrundlagen einer Nation besprochen haben, alles, was sich da geltend macht, das muss da auch eine Rolle spielen.

— *Sie haben sich ja nur zusammengetan und Souveränität abgegeben, um ihre nationale Souveränität vorwärts zu bringen; das ist ihre Prämisse. Nicht, um sich den vereinigten Staaten von Europa als Nation unterzuordnen.*

— *So wie die Führungsnationen – Deutschland und Frankreich – auf der Weltbühne auftreten, leben sie über ihre Verhältnisse, denn das, was sie zu sein beanspruchen, geht nur mit der Macht ihrer Gemeinsamkeit – und die stellt sich dar als eine zerstrittene. Insofern ist das Dilemma von ihnen, dass sie nicht wissen, wie sie da herauskommen sollen, wie sie sich für ihre Ansprüche, die sie gegen die Welt geltend machen wollen, die Mittel verschaffen.*

— *Ich glaube nicht, dass sie nicht wissen, wie sie da herauskommen sollen und sie in dem Dilemma stecken, sie möchten ein vereinigtes Europa sein und schaffen es nicht. Denn sie wissen sehr genau, was sie nicht wollen, nämlich sich unterordnen unter eine andere Vormacht.*

Sie sind diesem Club beigetreten mit dem erklärten Zweck, *sich* zu stärken. Da war das erste Argument: So, wie die EU heute dasteht, ist das für diese Staaten eingetreten – als EU-Mitglied stehen sie ganz anders in der Welt da als ohne diese Mitgliedschaft. Das gilt insbesondere für die Führungsmächte, dass sie sich innerhalb und mit der EU diesen Fortschritt in ihrem Status erarbeitet haben; dass sie nichts weniger als den Anspruch erheben, in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen wie China/USA. Das ist kein anzustrebendes ‚um-zu‘, sondern das ist der erreichte Stand: die EU *ist* eine Institution, die immer als 3. Partei genannt

wird, die über ein konkurrenzfähiges Weltgeld verfügt.

Das zweite Argument geht darauf: Sie sagen selbst, man kann sich auf dem erreichten Status nicht ausruhen, einfach weiter so geht nicht mehr, es braucht eine Reform, wir müssen vorankommen, sonst gehen wir unter in der Konkurrenz. Aber dieses: ‚da muss was passieren‘ existiert nicht als die Einsicht, ‚wir müssen uns unter eine supranationale Instanz unterordnen‘, sondern als Konkurrenz zwischen insbesondere Frankreich und Deutschland, und zwar in der Form, dass die sich darum streiten, wie das zu definieren ist, was Europa ausmacht. Wie sehr es ihnen gelingt, die EU zu ihrem Mittel zu machen, in Konkurrenz zu den anderen Nationen.

Der Artikel sagt, die EU-Staaten leben alle über ihre Verhältnisse, sind gewachsen, stellen was dar, können sich machtmäßig auf der Welt vergleichen; und deswegen brauchen sie die unkündbare Einheit mit den Partnern. Die idealisierte Fassung dieses Moments ist ein europäischer Souverän, in dem alles aufgeht. Mit ihrem um-zu, mit dem, was sie geworden sind, mit dem, was sie weiter ausbauen wollen, ist es ihnen um sich zu tun, aber *dafür* ist es unerlässlich, dass man die anderen auch einheitlich hinter sich versammelt und auf die Einheit bauen kann. Dieses Verhältnis übersetzt sich dann sehr folgerichtig in konkurrierende Anstrengungen darum, wer denn eigentlich die leitende Macht in diesem Gemeinschaftswerk ist.

Weder die Souveränisten noch die Pro-Europäer machen den Übergang zu den vereinigten Staaten von Europa. Die Forderung, die nationalen Souveränitäten sollten aufgehen in der EU, um wirklich zu dieser unkündbaren Einheit zu verschmelzen im Sinne der Aufgabe der nationalen Souveränität, hat kein Lager im Programm. Die EU zu diesem imperialistischen Subjekt weiter ausformen, das als schlagkräftiges Subjekt voranzubringen, wie es die Pro-Europäer fordern, gibt es überhaupt nur als Konkurrenz zwischen Frankreich und Deutschland. Die geben aber weder ihren nationalen Standpunkt in Bezug auf die EU auf, noch die EU als ihr Mittel der imperialistischen Konkurrenz auszuformen. Sie streiten sich dann darum, wer sich wie die EU mit allen andern Staaten zum Mittel macht und denen ihre Unterwerfung im nationalen Sinne, z.B. Deutschlands, abringen kann.

Es gibt also das Bemühen um das Zusammenschweißen der EU zu einem schlagkräftigen imperialistischen Subjekt und das wird auch betrieben, nur sortieren sich dabei die Mitglieder der EU: Einerseits in solche, die als sogenannte Führungsmächte die Zurichtung und Unterordnung der anderen Staaten in der EU gemäß ihrem Interesse betreiben, und andererseits in die, die zugeordnet werden. Nun ist das aber auch nicht einfach die Sache, dass die letzteren eingeordnet werden und die ersteren einordnen, sondern dies ist selber wieder eine Frage der Konkurrenz zwischen diesen Führungsmächten. Man kennt dies aus der Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland, die in ihrem Verhältnis untereinander versuchen, Bündnisse zu schmieden, z.B. mit den Visegrad-Staaten und anderen.

— *Der herrschende Zustand, wie er sich seit der Gründung der EU bis jetzt zugespitzt hat, wird von den verschiedenen Akteuren akzeptiert, ganz gleich, welche Stellung sie in den bestehenden (Unter)Ordnungsverhältnissen einnehmen. Dies deswegen, weil sie in diesem Verbund mehr sind als außerhalb von diesem.*

Genau dies wenden wir die ganze Zeit hin und her. Alle leben über ihre Verhältnisse – das ist das, was sie an ihrer EU-Mitgliedschaft schätzen und was sie an ihre EU-Mitgliedschaft fesselt.

— *Zum deutsch-französischen Verhältnis heißt es im vorletzten Abschnitt auf S. 13: „Wenn der französische Präsident in seiner Parteinahme für ein besser integriertes Europa ganz einfach davon ausgeht, dass Frankreichs Macht und Europas Zukunft zusammenfallen – ohne dass er einen Weg anzugeben wüsste, wie sich das erreichen ließe - ...“. Diese letzte Bemerkung kann ich nicht nachvollziehen, weil Macron nicht einfach gesagt hat, dass Europas Zukunft auch Frankreichs Zukunft sei, sondern er hat doch einen Weg angegeben: Eine gewisse Beteiligung Deutschlands an der Force de frappe und umgekehrt müssten die Deutschen etwas von ihrem Finanzregime zurücknehmen, indem z. B. ein gemeinsamer europäischer Finanzminister eingerichtet wird, die Kohäsionsfonds erweitert werden usw.*

Dass Frankreich lauter Ansprüche aufmacht, Forderungen stellt, sind Vorschläge mit dem Ziel,

dass, wie hier formuliert, Frankreichs Macht und Europas Zukunft zusammenfallen sollen. So stellt sich Frankreich das vor: dass sich die übrigen EU-Staaten hinter der Force de frappe versammeln, also zur Stärkung von Frankreichs Militärmacht beitragen. Der andere Teil des Satzes, dass Frankreich keinen Weg angeben kann, zielt darauf, wie das denn realisiert werden soll. Frankreich weiß nicht, wie es den Rest der EU auf dieses proklamierte Ziel hin verpflichten soll. Wenn Macron diese Vorschläge macht, dann bedeutet das ja auch eine Europäisierung französischer Mittel. Wenn eine Antwort aus Berlin dann immer weiter hinausgezögert wird und von dort keine weitere Reaktion mehr erfolgt – dann ist das schon ein Eingeständnis, dass man nicht weiß, wie man die anderen zu dem bekommt, was man selber will.

— Auf S. 12 unten heißt es zur Leistung der Politik der „kleinen Schritte“, dass tatsächlich staatliche Kompetenzen in eine europäische Zuständigkeit überführt worden sind. Warum kann man das nicht für die in der Mitte von S. 12 genannten Programmpunkte – IT, KI – auch sagen, dass es sich hierbei ebenso um eine Politik der kleinen Schritte handelt, die genauso dazu führen, dass nationale Kompetenzen in europäische Zuständigkeit übergehen?

Einerseits soll genau das gesagt sein, wenn es heißt, dass dieses große Ziel heruntergebrochen wird auf kleine Teilprojekte. In dem Sinne praktizieren sie die Politik der kleinen Schritte weiter. Der Ausgangspunkt des Artikels ist aber, dass diese Politik der kleinen Schritte immerhin jetzt dazu geführt hat, dass ein ganzer Wahlkampf für das Europaparlament damit bestritten wird, dass die EU sich in zwei Lager spaltet. Da macht das eine Lager den Standpunkt geltend, dass sie die auf diese Weise immer weiter vorangetriebene Vergemeinschaftung nicht mehr bereit sind mitzumachen. Dies ist als Kampf um die Besetzung des EU-Parlaments geführt worden.

— Dies ist der eine Teil. Es wird aber doch auch das Argument benutzt, dass die Welt in Gestalt von China und den USA ganz große Schritte vorwärts macht und deshalb die europäische Politik der kleinen Schritte nicht die Antwort darauf sein kann.

Das ist genau die andere Seite. Die Politik der kleinen Schritte hat den Zustand herbeigeführt, an dem sich beide Lager abarbeiten. Sie haben mit ihren kleinen Schritten dieses Maß an Vergemeinschaftung hergestellt. Auf der anderen Seite treten beide Lager von ihrem jeweiligen Standpunkt aus an damit, dass es so nicht weitergehen kann. Für die einen sind die kleinen Schritte zu wenig und es sei eigentlich viel mehr nötig, und die anderen sagen vom entgegengesetzten Standpunkt aus, dass diese kleinen Schritte ihnen schon viel zu groß seien.

### **Zurück zum Wahlkampf**

— Auf S. 14 steht im ersten Absatz in Bezug auf das Dilemma der beiden Positionen: diese erforderlichen Veränderungen werden „dem Wählervolk sachgerecht und gerechterweise nicht in Form von Konzepten unterbreitet ..., sondern als Kampf zwischen zweierlei Polit-Moral.“ Dieses „sachgerecht“ und „gerechterweise“ erkläre ich mir so, dass dieses Dilemma nicht auflösbar ist. Man verhandelt also diesen Widerspruch auf einer diesem Problem übergestülpten politmoralischen Ebene.

— Die Sache besteht doch darin, dass im Wahlkampf das Volk für die jeweilige Position betört werden soll. Das heißt gerade nicht, dass es um die Auseinandersetzung innerhalb der EU geht, sondern darum, möglichst viele Wähler auf seine Seite zu ziehen. Das ist das Sachgerechte und deswegen findet dies auf der moralischen Ebene statt.

— Zu der Sachgerechtigkeit was den Wähler betrifft, gehört auch, dass die Verstöße der anderen Seite gegen den Wertehimmel jeweils maßlos übertrieben werden. Die Souveränisten beschuldigen die anderen, sie würden sich am naturgegebenen Recht jeden Volkes auf eine eigene Nation vergreifen und umgekehrt beschuldigen die Proeuropäer die Souveränisten, sie würden sich an dem Wert Europa, der mittlerweile für alles Gute, Wahre und Schöne steht, versündigen. So setzt jede Seite die andere politmoralisch ins Unrecht.

Wie schon gesagt, bezieht sich dieses „sachgerecht“ und „gerechterweise“ darauf, dass sie ihre Wähler nicht mit der Darlegung belästigen, wie ihre Reformforderungen in Bezug auf die EU realisiert werden sollen, sondern, weil es der Sache nach um die Einwerbung von



Wählerstimmen geht, „gerechterweise“ mit einer Werbung konfrontieren, die keinen anderen Inhalt hat, als dass die Leute dem eigenen Lager die Stimme geben sollen. Was heißt hier Polit-Moral?

Die Politiker treten als welche auf, die dem wählenden Volk nahebringen, dass sie dessen Kreuz auf dem Wahlzettel verdienen. Dafür wird mit den unterschiedlichen Positionen geworben. Die einen reklamieren das Kreuz für sich, weil sie nichts anderes im Kopf hätten, als die Einheit von Volk und Führung zu realisieren, dafür zu sorgen, dass dem Volk seine Identität bewahrt und die Bevormundung durch Brüssel beendet wird. Das politmoralische Moment liegt darin: „Wir haben eure Stimme verdient, weil wir diesem Anliegen unseren ganzen Ehrgeiz und Einsatz widmen.“ Da kommt nichts mehr von Souveränität und Handlungsfreiheit vor, sondern da wird das Ideal der Übereinstimmung von oben und unten, von souveräner Herrschaft als Dienstleistung am nationalen Volkskörper beschworen. Man muss nicht darüber streiten, ob dieser Gedanke den Bürgern durch die Politiker nahegebracht wird oder sie diesen schon im Kopf haben. Wie immer trifft beides zu.

Das andere Lager setzt in ihrer Politmoral auf einen Wählerwillen, der sich geeignet repräsentiert sieht und von seinen politischen Repräsentanten will, dass die sich verantwortungsvoll um die wirklich großen Probleme der Welt kümmern – insbesondere um das Klima, was es schon von sich aus notwendig macht, das nicht als nationale Frage, sondern international verantwortungsvoll abzuhandeln. Die Bedienung des Wählerwillens besteht darin, dass sich die Politiker darstellen als die passenden Ansprechpartner für die Leute, die meinen, dass insbesondere das Klima heutzutage das wäre, um das man sich zu kümmern hätte, und das zu bedienen, dazu seien die Proeuropäer mit ihrem übernationalen Standpunkt am besten in der Lage.

Der Artikel zu Österreich (GS 2-19) sollte angeschaut werden unter dem Gesichtspunkt der Politik der harten Hand: Eine Regierung, die das zum Programm macht, für die Identität des Volkskörpers zu sorgen und sich von den institutionellen Fesseln, die es im Inneren gibt, zu befreien. Weitere Themen im Internet nachschauen.

Thema vom nächsten Mal (22.7.) im Internet nachschauen. Vorgemerkt: Monsanto-Artikel (GS 2-19), Rezo (You Tube).